

bonnbonn

Gesetze und Gesetzentwürfe

- Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Regelung von Fragen der GEN-Technik (11/5622) ist am 29. März im Bundestag in einer vollständig überarbeiteten Fassung verabschiedet worden. Während der parlamentarischen Beratungen waren bis auf die Berlin-Klausel sämtliche Paragraphen, die die Bundesregierung in ihrem Entwurf vorgegeben hatte, durch Änderungsantrag neu formuliert worden. Eingeflossen ist z. B. ein Antrag der CDU/CSU und FDP-Fraktion zum Gesetzentwurf, nach dem GEN-Technik-Forschungsanlagen ohne Beteiligung der Öffentlichkeit genehmigt werden sollen.
- DIE GRÜNEN haben den Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung der rechtlichen Diskriminierung von Prostituierten (Antidiskriminierungsgesetz Teil III – ADG III) vorgelegt (11/7140).

Anfragen und Antworten

- Auf eine kleine Anfrage der GRÜNEN (11/6433) zur Beherrschbarkeit der Umwelt und Gesundheitsgefahren gentechnischer Produktionsanlagen etc. erklärte die Bundesregierung in ihrer Antwort (11/6568), mit dem Entwurf des GEN-Technikgesetzes solle die Sicherheit beim Umgang mit der GEN-Technik gewährleistet werden. Davon erwarte sie sich auch eine „Verbesserung der Akzeptanz der GEN-Technik“. Die GEN-Technik sei „eine wichtige Schlüsseltechnologie, von der positive Ergebnisse in vielfältigen Lebensbereichen zu erwarten sind“.

Ausschüsse

- Am 7. 3. befaßte sich der Innenausschuß mitberatend mit einer Entschließung des Europäischen Parlaments (11/4989), in der auf die soziale Lage der behinderten Frauen und von Frauen, die Behinderte betreuen, hingewiesen wird. Die Europa-Parlamentarier wollen erreichen, daß auf EG-Ebene ein Rahmen geschaffen wird, in dem die rechte erwerbstätiger behinderter Frauen gesichert werden. Für Frauen, die Behinderte betreuen, soll ein Gemeinschaftsrahmen Rechte, besondere Bezahlung, soziale Absicherung und Urlaubsvertretung festschreiben.

Sonstiges

- Am 9. 3. fand eine öffentliche Anhörung zum Regierungsentwurf des Embryonenschutzgesetzes (11/5460) statt, bei dem 1q6 Experten aus Wissenschaft, Forschung, Kirche, Medizin und Justiz zum Gesetz Stellung nahmen. Dabei waren sie sich uneinig, ob eine strafgesetzliche Bestimmung zum Schutz menschlichen GEN-Materials erforderlich sei und on angesichts der Folgen möglicher GEN-Manipulation Einschränkungen der Forschungsfreiheit geboten sind.
- In einem Entschließungsantrag fordern die CDU/CSU und die FDP-Fraktion (11/6711) alle vom Bund geforderten größeren Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen zu verpflichten, Frauenförderpläne aufzustellen und auf Vorschlag der dort tätigen Wissenschaftlerinnen Frauenbeauftragte zu nennen.